

Erneute Gewalteskalation in Ostkongo

Seit Beginn des Jahres ist die schon seit Jahrzehnten schwelende Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRC) erneut eskaliert. Die Gründe für diese Konflikte zwischen der Regierung in Kinshasa und unterschiedlichen Rebellengruppen sind ebenso altbekannt wie vielfältig: fehlende Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit und soziale Infrastruktur; mangelnde demokratische und ökonomische Teilhabe; kleptokratische Eliten und unkontrollierte Sicherheitskräfte; ein Zentrum-Peripherie-Konflikt zwischen Kinshasa und dem 1.500km entfernten, rohstoffreichen Osten; Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und dabei insbesondere die ungeklärte Stellung von ruandophonen, aber in der DRC geborenen, Tutsi, denen viele im Land ein Recht auf die kongolesische Staatsbürgerschaft absprechen.

Die überwiegend aus diesen Tutsi rekrutierte M23-Miliz machte ab Januar 2025 erhebliche Geländegewinne gegen die überforderten Streitkräfte der DRC (FARDC) und mit ihnen verbündete lokale Milizen („Wazalendo“), zunächst in Nord-Kivu, dessen Hauptstadt Goma am 27. Januar eingenommen wurde. Neben seiner administrativen Bedeutung ist Goma auch der wichtigste Stützpunkt der UN-Friedensmission in der DRC, die Zuflucht von Hunderttausenden Vertriebenen, und das Logistikzentrum der humanitären Hilfe für den gesamten Ostkongo. Die M23 setzte ihren Vormarsch fort und eroberte bis Mitte Februar auch große Teile von Süd-Kivu inklusive der Hauptstadt Bukavu. Damit hat sich ihr Einflussgebiet seit Anfang 2025 mehr als verdoppelt. Entscheidend für diesen Siegeszug war [die Unterstützung der M23 durch Ruanda](#), dessen Streitkräfte aktiv an den Kämpfen auf dem Territorium des Nachbarstaats teilnahmen.

| Humanitäre und politische Krise

Die [humanitäre Situation in der umkämpften Region](#) ist dramatisch. In den Kivus leben über 3,5 Millionen Binnenvertriebene, dazu kamen (Ende 2024) fast 900.000 Geflüchtete in den Nachbarstaaten – diese Zahl ist seit Beginn der M23-Offensive um weitere 110.000 gestiegen. Berichte sprechen von tausenden Fällen von konfliktbezogener sexueller Gewalt. Die Kämpfe haben zudem 7.000 Todesopfer gefordert, davon 3.000 allein in Goma. Darunter befanden sich auch drei UN-Blauhelme sowie 14 südafrikanische Soldat:innen einer regionalen Stabilisierungsmission (SAMIDRC der *Southern African Development Community/SADC*).

Aber auch die politische Lage ist prekär. Es bestehen seit Jahren Spannungen zwischen der DRC und Ruanda, ausgelöst durch Kigalis Unterstützung für die M23 – die die ruandische Regierung allerdings offiziell bestreitet. In Kinshasa kam es zu gewalttätigen Demonstrationen mit Übergriffen gegen die Botschaften von Ruanda, aber auch von Belgien und Frankreich. In diversen Medien häuften sich Vorfälle von Hetze und Gewaltaufrufen gegen Tutsi. Einige Expert:innen warnten vor der Gefahr eines erneuten – dritten – [Kongokriegs](#). Zwar erscheint die unmittelbare Gefahr eines offenen zwischenstaatlichen Konflikts nach der Unterzeichnung einer [Declaration of Principles](#) zwischen der DRC und Ruanda nach Vermittlungen der USA und Katar zunächst gebannt. Dennoch erfordert die wieder einmal kritische Situation in Ostkongo ein fortgesetztes internationales Engagement. Neben Akteuren wie den USA, der EU und verschiedenen regionalen Organisationen kommt dabei eine besondere Rolle der UN-Mission vor Ort zu. Sie hat in den über 25 Jahren ihres Bestehens schon etliche Krisen erfolgreich gemeistert.

| Zwei Jahrzehnte UN- Friedenseinsatz in der DRC

Die ersten Soldat:innen unter UN-Flagge wurden vom Sicherheitsrat Ende 1999 durch [Resolution 1279](#) in die DRC entsandt, zunächst zur Beobachtung eines Waffenstillstandes. Die Aufgaben der *Mission de l'Organisation des Nations Unies au RD Congo* (MONUC) wurden in der Folge sukzessive erweitert. Im Juli 2010 wurde MONUC dann durch [Resolution 1925](#) in MONUSCO (*Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la Stabilisation en RD Congo*) umbenannt und mit einem robusten Mandat ausgestattet, um den Schutz der Zivilbevölkerung, aber auch von humanitärem Personal, zu gewährleisten. Zu diesem Zeitpunkt wurde der UN-Einsatz zu einem der größten weltweit, mit über 20.000 Militärpersonal, über 1.400 Polizist:innen und mehreren tausend Zivilbeschäftigten.

Dennoch bekamen MONUSCO und die Regierung die sich drastisch verschärfende Instabilität im Ostkongo nicht in den Griff, wie die erste Offensive der M23 im Jahr 2012 verdeutlichte – ihr gelang im November des Jahres erstmals die kurzzeitige Einnahme von Goma. Als Reaktion entschied sich der UN-Sicherheitsrat im März 2013 zu einem bislang einmaligen Schritt: mit [Resolution 2098](#) autorisierte er die Aufstellung einer *Force Intervention Brigade* (FIB) unter dem Kommando von MONUSCO. Die FIB sollte gemeinsam mit der FARDC aktiv gegen die M23 vorgehen. Tatsächlich gelang es, die Miliz militärisch zu besiegen und zur Entwaffnung und Demobilisierung zu bewegen.

Die UN-Blauhelme konnten in den letzten zwei Jahrzehnten auch andere wichtige Fortschritte erzielen: So konnten mehrere Landesteile der DRC weitgehend befriedet werden, so dass MONUSCO in der Lage war, seit 2017 ihre Truppenstärke auf 13.500 zu reduzieren. Im Dezember 2020 billigte der UN-Sicherheitsrat dann mit [Resolution 2556](#) erstmals eine Strategie für einen schrittweisen Abzug von MONUSCO.

Timeline



| Abzugspläne und regionale Alternativen zu MONUSCO

Vor dem Hintergrund fortgesetzter Angriffe verschiedener Milizen – darunter seit November 2021 auch wieder die M23 – verlor die Regierung von Präsident Félix Tshisekedi zunehmend das Vertrauen in die UN-Mission und vereinbarte im März 2022 mit der *East African Community* (EAC) den Einsatz einer Mission, ausgestattet mit einem sehr offensiven Mandat zur Bekämpfung der M23. Auch vor Ort in Ostkongo wurde die Kritik immer lauter, angefeuert von Desinformations-Kampagnen in den sozialen Medien.

MONUSCO wurde nicht nur Versagen beim Schutz der Zivilbevölkerung vorgeworfen, sondern sogar eine aktive Unterstützung der Rebell:innen. Die Kampagnen kulminierten in [gewalttätigen Protesten gegen die Präsenz der Mission](#) in Goma im Juli 2022, bei denen über 30 Personen getötet wurden, darunter drei UN-Blauhelme. Daraufhin verlangte die Regierung einen beschleunigten Abzug von MONUSCO bis Ende 2023. Gleichzeitig baute sie ihre Zusammenarbeit mit [privaten Militärdienstleistern](#) aus Osteuropa aus. MONUSCO folgte den Wünschen der Regierung und begann einen Teilabzug aus Süd-Kivu, der im Juli 2024 abgeschlossen wurde.

Unter dem Eindruck der Unfähigkeit sowohl der FARDC als auch der EAC-Mission, die M23 zurückzudrängen, hatte die kongolesische Regierung aber bereits vorher den Kurs gewechselt. Sie ersetzte im Dezember 2023 die gescheiterte [Regional Force der EAC](#) durch eine neue Mission der SADC (SAMIDRC) und verhandelte mit der UN über eine Verschiebung des Abzugs von MONUSCO. Das aktuelle Mandat der Mission vom Dezember 2024 ([Resolution 2765](#)) sah entsprechend vor, dass Regierung und Mission gemeinsam bis 31. März 2025 eine Strategie für einen „schrittweisen, verantwortungsvollen und nachhaltigen“ Rückbau von MONUSCO vorlegen sollten.

Diesem geplanten Vorgehen hat die Großoffensive der M23 und RDF seit Januar 2025 einen Strich durch Rechnung gemacht. Ihr Auslöser war das endgültige Scheitern der von Angola angeführten Vermittlung zwischen der DRC und Ruanda im Dezember 2024. Diesem Bruch lag zugrunde ein bis heute ungeklärter [Grunddissens über das Wesen des Konflikts](#): aus Sicht der Regierung der DRC handelt es sich bei der M23 um eine ruandische Marionette, mit der ein souveräner Staat nicht verhandeln kann. Entsprechend sieht sie die Geschehnisse in den Kivus als einen zwischenstaatlichen Konflikt zwischen der DRC und Ruanda, der durch Verhandlungen zwischen den zwei Regierungen gelöst werden muss. Für Ruanda hingegen ist der Konflikt ein rein internes Problem der DRC, ausgelöst durch schlechte Regierungsführung und gebrochene Versprechen verschiedener nationaler Regime. Eine Lösung kann also nur in direkten Verhandlungen zwischen der kongolesischen Regierung und der M23 gefunden werden.

| Ausblick: Druck auf die Regierung von Ruanda und DRC weiter notwendig

Auf beiden Ebenen – zwischenstaatlich und DRC-intern – gab es in den letzten Tagen Fortschritte. Die von beiden Regierungen am 25. April 2025 unterzeichnete *Declaration of Principles* ist begrüßenswert, da beide Seiten darin die gegenseitige territoriale Integrität anerkennen und versprechen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen. Andererseits bleibt sie auch sehr vage: so kündigen die Regierungen lediglich an, einen Mechanismus zum gemeinschaftlichen Vorgehen gegen nicht-staatliche bewaffnete Gruppen „erkunden“ zu wollen. Noch weniger konkret ist ein ebenfalls vor wenigen Tagen veröffentlichtes [Joint Statement](#) der Regierung der DRC und der M23. Es gipfelt in der Aussage, gemeinsam „auf eine Feuerpause hinarbeiten zu wollen, die einen allgemeinen Waffenstillstand ermöglichen würde“.

Diese jüngsten Entwicklungen wecken zwar die Hoffnung, dass ein offener zwischenstaatlicher Konflikt zwischen der DRC und Ruanda abgewendet werden kann. Sie machen aber auch deutlich, dass die Kämpfe zwischen den Wazalendo und der M23 in Ostkongo weitergehen werden, nicht zuletzt, weil die Wazalendo in

keinen der Verhandlungsprozesse einbezogen sind und die Regierung der DRC nicht in der Lage sein wird, sie vollständig zu kontrollieren. Es ist also weiterhin internationales Engagement notwendig – durch die Vermittler USA und Katar, durch regionale Organisationen, aber auch die EU und ihre Mitgliedsstaaten – um beide Regierungen dazu zu bewegen, die *Declaration of Principles* umzusetzen und ihre jeweiligen Stellvertreter so weit wie möglich zu zügeln.

Zusätzlich muss spezifisch der Regierung der DRC kommuniziert werden, (1) dass sie ernsthaft mit der M23 über Lösungsansätze innerhalb des politischen Systems der DRC verhandeln muss und dass (2) eine angekündigte einseitige Verfassungsänderung, die Präsident Tshisekedi erlauben würde, 2027 für eine dritte Amtszeit zu kandidieren, inakzeptabel ist. Die Ankündigung hat zu heftigen Protesten der Opposition geführt, besonders besorgniserregend erscheint das laute Nachdenken von [Ex-Präsident Joseph Kabila](#) über eine Rückkehr in die erste Reihe der kongolesischen Politik. Er soll in den letzten Tagen im von der M23 besetzten Goma gesehen worden sein.

Schließlich ist kontinuierlicher internationaler Druck auf Ruanda auf der politischen wie finanziellen Ebene notwendig, um es zum endgültigen Rückzug seiner Truppen aus der DRC und zur Einstellung seiner Unterstützung der M23 zu veranlassen. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass die EU unter Führung der Außenbeauftragten Kaja Kallas – und mit ausdrücklicher Unterstützung durch die Bundesregierung – mit etwas Verzögerung doch eine harte Gangart gewählt hat. Dies war auch deswegen notwendig, um die Vorwürfe einiger afrikanischer Partner:innen, die EU und ihre Mitgliedstaaten würden in Bezug auf die Ukraine und die DRC mit zweierlei Maß messen, zu entkräften.

Die EU hat daher am 17.03.2025 Ruanda wegen der Invasion seines Nachbarlandes klar verurteilt und [Sanktionen](#) verhängt. Betroffen sind neun Angehörige der M23 (darunter der „Präsident“ ihres politischen Arms, Bertrand Bisimwa) sowie der ruandischen Streitkräfte. Ebenfalls sanktioniert wurde die einzige Goldraffinerie Ruandas, *Gasabo Gold Refinery*. Diese Maßnahme war wohl einer der Faktoren, die die Regierung von Paul Kagame im Laufe des vergangenen Monats zum Einlenken und der Unterzeichnung der *Declaration of Principles* bewegt hat. Sollte weiterer Druck notwendig werden, existieren seitens der EU durchaus Eskalationsmöglichkeiten. Eine Option wäre die Einstellung der Zahlungen an Ruanda im Rahmen der *European Peace Facility*, mit denen Ruandas Einsatz für die Stabilisierung in Nord-Mosambik gewürdigt wird. Eine zweite wäre die Aufkündigung eines 2024 mit Ruanda geschlossenen [Memorandum of Understanding](#), durch das das Land im Rahmen des *Action Plan für Critical Raw Materials* bei der „nachhaltigen und verantwortungsvollen Produktion“ von Rohstoffen unterstützt werden soll.

Schließlich hat die aktuelle Krise in Ostkongo auch direkte Auswirkungen auf die Zukunft von MONUSCO. Die Abzug-Strategie wurde, in den Worten des jüngsten [Berichts des Generalsekretärs](#) zu MONUSCO, „durch den Vormarsch der M23 in Nord- und Süd-Kivu so stark beeinträchtigt, dass sich die Frage stellt, ob die Maßnahmen in einem radikal veränderten Umfeld weiterhin durchführbar sind“. Offensichtlich lernen auch sowohl die Regierung der DRC als auch einige Regionalorganisationen die Präsenz der UN wieder neu zu schätzen. So forderte ein gemeinsames [Gipfeltreffen von EAC und SADC](#) Mitte März, die operativen Fähigkeiten von MONUSCO wieder zu stärken, um einen allfälligen Waffenstillstand in den Kivus absichern zu können. Auch die *Declaration of Principles* verlangt ausdrücklich von beiden Seiten, die Arbeit der Mission zu unterstützen.

Einerseits mag es aus Sicht der UN befriedigend sein, dass ihrer Mission auch nach über 25 Jahren Präsenz vor Ort noch ein positiver Beitrag zur Entwicklung im Osten der DRC zugetraut wird. Andererseits muss man aber auch ernüchert feststellen, dass der UN ein Ausbruch aus der Endlosschleife von Krise und Waffenstillstand nicht gelingen kann, solange die beiden Hauptverantwortlichen – die Regierungen der DRC und von Ruanda – ihr Verhalten nicht grundlegend ändern. Und daran bestehen – trotz der Unterzeichnung der *Declaration of Principles* – erhebliche Zweifel. Nicht umsonst ist die M23 nach dem Datum eines gescheiterten Friedensabkommens benannt.

| Akteure in Ostkongo

- **Forces armées de la République démocratique du Congo (FARDC)** | Die Streitkräfte der DRC haben auf dem Papier eine Stärke von über 190.000 Personen. Seit Jahrzehnten sichern sich kongolesische Regierungen die Loyalität des Offizierscorps durch Duldung oft illegaler Nebenverdienste zuungunsten der Zivilbevölkerung. Die Truppe ist schlecht motiviert, trainiert und ausgerüstet, regelmäßig werden ihr Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.
- **Wazalendo** | Teils bereits bestehende, teils neu gegründete lokale, meist ethnisch basierte Milizen („Patrioten“ auf Swahili), die auf Grundlage eines Gesetzes vom Mai 2023 die FARDC in der Verteidigung des kongolesischen Staatsgebiets gegen die M23 unterstützen sollen.
- **Forces démocratiques pour la libération du Rwanda (FDLR)** | Eine aus den Hutu-Milizen der Zeit des ruandischen Genozids hervorgegangene Gruppe, die aus dem kongolesischen Exil den Sturz der Regierung in Kigali betreibt. Ihre Duldung in der DRC und ihre aktive Unterstützung für die FARDC im Kampf gegen die M23 ist der zentrale Vorwurf Ruandas an die DRC, mit wenigen hundert Kämpfer:innen stellt die FDLR aber keine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Ruandas dar.
- **Mouvement du 23 mars (M23)** | Die wenige tausend Personen umfassende M23 ist die letzte Inkarnation einer Reihe von militärisch-politischen Organisationen kongolesischer Tutsi mit großer personeller Kontinuität, die in Nord- und Süd-Kivu seit Jahrzehnten gegen die kongolesischen Streitkräfte sowie diverse lokale Milizen kämpfen. Viele hochrangige M23-Kommandeure haben eine langjährige enge Beziehung zu Regierungspartei und Armee von Ruanda; „General“ Sultani Makenga war 1994 bereits in der RPF und danach in der RDF.
- **Rwandan Defense Force (RDF)** | Die ruandischen Streitkräfte umfassen ca. 35.000 Personen. Mit ca. 5.900 Soldat:innen ist Ruanda der zweitgrößte Truppensteller in UN-Missionen; zusätzlich dienen RDF-Truppen auch in bilateralen Stabilisierungs-Einsätzen in Mosambik und der Zentralafrikanischen Republik. Auch der RDF werden Menschenrechtsverletzungen und illegale ökonomische Aktivitäten in Ostkongo vorgeworfen.
- **MONUSCO** (bis 2010 MONUC) | Ein Friedenseinsatz der UN ist seit 1999 vor Ort (Resolution 1279), seit 2010 mit einem robusteren Mandat (Resolution 1925), mit einer aktuellen Personalstärke von rund 14.000 Personen. Das jüngste Mandat vom Dezember 2024 (Resolution 2765) sieht einen schrittweisen Abzug der Mission vor, die Zukunft dieses Plans ist aber angesichts der aktuellen Entwicklungen ungewiss.
- **Southern African Development Community Mission in the DRC (SAMIDRC)** | Die Mission wurde Ende 2023 als Ersatz für die gescheiterte EAC-RF entsendet. Truppensteller waren Malawi, Südafrika und Tansania. Unter Eindruck des Vormarsches der M23 wurde ihr Abzug Ende März 2025 beschlossen.
- **East African Community Regional Force (EAC-RF)** | Die Entsendung dieses Einsatzes erfolgte im März 2022 auf Bitte der Regierung der DRC. Truppensteller waren Burundi, Kenia, Südsudan und Uganda. Aufgrund ausbleibender Erfolge gegen die M23 wurde die Mission im Dezember 2023 beendet.

| Bodenschätze in Ostkongo: Mythos und Realität

Der Osten der DRC ist reich an Bodenschätzen (wenn auch nicht so sehr wie die Region Katanga im Süden des Landes). Die wichtigsten sind Gold, Kassiterit (ein Zinnoxid) und Coltan. Letzteres ist ein Mischerz, aus dem sich Niobium und Tantal gewinnen lassen, die für die Produktion von Computern, Smartphones und E-Autos benötigt werden. Ein wesentlicher Teil dieser Metalle wird nicht industriell, sondern im Kleinbergbau gewonnen. Dieser ist weitgehend unreguliert, was verschiedene negative Konsequenzen hat. Zunächst ist die Gesundheit der Beschäftigten durch Unfälle und langfristigen Kontakt mit giftigen Chemikalien gefährdet. Außerdem entgehen der DRC erhebliche Einnahmen, da Minen oft keine Steuern und Abgaben zahlen und die Bodenschätze zum Verkauf in Nachbarländer schmuggeln. Insbesondere dienen diese „Konfliktmineralien“ aber auch zur Finanzierung von Gewalt in Ostkongo. Tatsächlich nutzen sämtliche bewaffneten Gruppen, soweit sie dazu Gelegenheit haben, diese Einnahmequelle, inklusive der Streitkräfte der DRC und von Ruanda. Dieser Umstand ist seit Jahrzehnten bekannt, regelmäßig wird darüber auch in „westlichen“ Medien berichtet. Dies hat zu dem [eingängigen, aber falschen Narrativ](#) geführt, die Kontrolle der Bodenschätze sei die Ursache aller Konflikte in der Region. In Wirklichkeit sind die Einnahmen, die Konfliktmineralien generieren, aber nur ein Mittel, und nicht der Zweck, den die diversen Akteure verfolgen. So zeigt ein Blick auf die Landkarte, dass der Vormarsch der M23 seit November 2021 von konventionellen militärischen Überlegungen bestimmt wurde, nicht von dem Wunsch, möglichst große Mengen an Bodenschätzen zu kontrollieren. Bis zur Eroberung der Coltan-Mine in Rubaya im April 2024, rund zweieinhalb Jahre nach dem Beginn ihrer erneuten Offensive, waren Bodenschätze auch nie eine Haupteinnahmequelle der Miliz. Im Kern hat der aktuelle Konflikt in Ostkongo – wie seit Jahrzehnten – sozio-politische Ursachen, die in der fundamentalen Schwäche des kongolesischen Staates verwurzelt sind.

| Abkürzungsverzeichnis

AFC	Alliance du fleuve Congo	FIB	Force Intervention Brigade
AU	African Union	M23	Mouvement du 23 mars
CNDP	Congrès national pour la défense du peuple	MONUSCO	UN Stabilization Mission in the DR Congo
DRC	Democratic Republic of the Congo	RDF	Rwandan Defense Force
EAC	East African Community	RPF	Rwandan Patriotic Front
EACRF	East African Community Regional Force	SADC	Southern African Development Community
FARDC	Forces armées de la République démocratique du Congo	SAMIDRC	Southern African Development Community Mission in the DRC
FDLR	Forces démocratiques pour la libération du Rwanda		